

Überbecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ansträger vierteljährlich 3,90, monatlich 1,30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 133.

Mittwoch, den 11. Juni 1919.

26. Jahrg.

Das Wirtschaftsprogramm Wiffells.

Aus der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums.

In der nunmehr der Öffentlichkeit übergebenen Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums heißt es:

Zur Durchführung eines einheitlichen gemeinwirtschaftlichen Programms erscheinen dem Reichswirtschaftsministerium zunächst folgende Maßnahmen als erforderlich:

1. Die Mätkorganisation

Ist sofort durch ein besonderes Reichsgesetz nach vor Verabschiedung der Verfassung ins Leben zu rufen. Neben einer regionalen Organisation (Betriebsräte, Bezirksarbeitsrat und Reichsarbeitsrat als Arbeitnehmerorganisationen einerseits, Handels- und Industriekammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern usw. und Reichsunternehmer als Organisationen des Unternehmertums andererseits sowie Betriebswirtschaftsräte als paritätische Organisationen) legt das Reichswirtschaftsministerium entscheidendes Gewicht auf eine sachliche Organisation, die von den Fachgruppen der Arbeitsgemeinschaft zu entwickelnden Wirtschaftsbündeln zu rechts- und geschäftlichen Wirtschaftszweckverbänden hinabsteigt. Aufgabe dieser sachlichen Organisationen soll es sein, die Wirtschaft auf ihren Fachgebieten nach den von der Reichsregierung aufgestellten Grundsätzen zu leiten.

Die regional und sachlich gebildeten Zentralstellen sollen gemeinsam den Reichswirtschaftsrat als oberstes Organ der deutschen Gemeinwirtschaft bilden. In den sachlichen Organisationen und in dem Reichswirtschaftsrat sollen neben den an der Produktion beteiligten Unternehmern und Arbeitern auch Vertreter des Handels und der Verbraucher sich und Stimme erhalten. Diese gesamte Organisation ist hinsichtlich der Produzentenfrage streng paritätisch gedacht. Der Gesamtheit der Arbeitnehmer sollen also hinsichtlich der gemeinschaftlichen Beeinflussung der Wirtschaftsvorgänge die gleichen Rechte und damit auch die gleichen Verantwortlichkeiten zugehen wie dem Unternehmertum.

2. Nach dem Vorbild der

gemeinwirtschaftlichen Regelung

der Kohlenwirtschaft und der Landwirtschaft sind noch weitere Wirtschaftszweige zu regeln. Zunächst wird unverzüglich eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft und der Getreidemühlwirtschaft in die Wege geleitet. Bei der Regelung dieser Wirtschaftszweige ist zugleich die Möglichkeit ins Auge zu fassen, einzelne Unternehmungen in das Eigentum oder in eine gemeinschaftliche Beteiligung des Reiches oder der von ihm bestimmten öffentlichen Körperschaften überzuführen.

3. Die

gemeinwirtschaftliche Beteiligung des Reichs

An industriellen Unternehmungen ist durch eine zweckmäßige Ausgestaltung der Vermögensbesteuerung zu fördern. Das schon ausgearbeitete Erbschaftsteuergesetz und ein noch in Vorbereitung begriffenes Gesetz über eine Vermögensabgabe können dazu benutzt werden, dem Reich eine Handhabe zu geben, durch die es einen großen Teil des deutschen Aktien- oder sonstigen Besitzes an produktivem Kapital in seine Hand bringen kann, so daß große Teile der deutschen Industrie mehr und mehr den Charakter gemeinwirtschaftlicher Betriebe annehmen. Die Handhabe soll darin bestehen, daß das Reich nicht genötigt sein soll, die festzusetzenden Steuerbeträge in Geld oder Kriegsanleihe in Empfang zu nehmen, vielmehr die Befugnis haben soll, die in der Steuererklärung aufgeführten Vermögensobjekte zu den von dem Steuerpflichtigen angegebenen Werten, die von dem Steuerpflichtigen veranschlagten Objekte ohne jede Entschädigung selbst zu übernehmen. Eine solche Befugnis würde zunächst einen günstigen Einfluß auf die Wahrheit der Steuerdeklaration und insbesondere der Wertangaben ausüben. Sie würde weiter das Reich in die Lage setzen, einen Teil des Steueraufkommens auf die Beschaffung von Aktien oder sonstigen Anteilen bestimmter industrieller Großunternehmungen zu verwenden, indem es sich aus den verschiedenen Steuerdeklarationen diejenigen herauspicks, bei denen die Wertangaben am geringsten bemessen sind. Auf diesem Wege würde man einen großen Teil der Anteile an dem Kapital industrieller Unternehmungen in die Hand des Reiches nehmen und damit den gleichen Erfolg wie einer Enteignung erreichen können, ohne die bisherige Betriebsführung der Unternehmungen antasten zu müssen und ohne z. B. genötigt zu sein, die Direktoren, Ingenieure, Werkmeister usw. zu Reichsbeamten zu machen.

4. Die gemeinwirtschaftliche Verwaltung aller in den Händen des Reiches liegenden oder in seine Hand gelangenden gemeinwirtschaftlichen Beteiligungen ist einer besonderen Reichsvermögensbank

zu übertragen. Die Verwaltung der dem Reich anfallenden Vermögensobjekte durch eine Bank und nicht durch ein Ministerium ist deswegen erforderlich, weil zur Verwaltung dieser aus den verschiedenen Interessengebieten sich zusammenschließenden Objekte eine Reihe aus dem praktischen Leben genommener Sachverständiger erforderlich ist, die ihren dauernden Beruf in dieser Tätigkeit finden. Die Verwaltung darf jedoch nicht durch politische Rücksichten irgendwie beeinflusst werden, weil sie dauernd nach einheitlichen wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erfolgen hat. Da sie ferner auch in Konkurrenz zu andern Aktienbanken zu treten haben wird, ist eine Entbürokratisierung ihres Betriebes unbedingt erforderlich. Die Verwaltung muß auch deswegen durch ein eigenes zu diesem Zweck ins Leben zu rufendes Institut erfolgen, weil dieses Institut dem Reich die Geldmittel beschaffen soll, die es dem Reich ermöglichen sollen, die Anteile an bestimmten Unternehmungen dauernd in der Hand zu behalten. Da das Reich durch die Vermögens- und Erbschaftsteuer einen Teil seiner Schulden

tilgen soll, ist es darauf angewiesen, die ihm anfallenden Werte wieder zu Geld zu machen. Geht dies durch eigene Anleihe-Emissionen, so erfolgt keine budgetarische Entlastung, während ein selbständiges Institut sich durch Emission von Obligationen auf Grundlage der von ihm zu übernehmenden Aktien und sonstigen Objekte beim Publikum zu verschaffen in der Lage sein wird. Diese Obligationen dürften auch unter Umständen sich besonders gut für eine Kreditbeschaffung oder einen Verkauf im Ausland eignen.

5. Das Reich stellt zu dem Zweck, die deutsche Gütererzeugung insbesondere durch Erteilung von Aufträgen zu fördern und dadurch die Beschäftigung der deutschen Arbeiterschaft zu ermöglichen, einen

Reichsfonds von mehreren Milliarden Mark

zur Verfügung, dessen bankmäßige Verwaltung der Reichsvermögensbank obliegt, während die geschäftliche Leitung einer besonderen, im engsten Einvernehmen mit den sachlichen Wirtschaftsorganisationen (Wirtschaftsbündeln und Wirtschaftszweckverbänden) arbeitenden Stelle übertragen wird. Die Gewinne der aus diesem Fonds mit Aufträgen bedachten Betriebe sollen dahin begrenzt werden, daß Gewinne, die über den Satz von fünf Prozent des Stamkapitals einschließlich der ausgewiesenen Reservefonds erzielt werden, zu drei Vierteln an den Reichsfonds abzuführen sind. Von diesen Gewinnbeträgen sind zwei Drittel zur Förderung der Gütererzeugung, ein Drittel zur Förderung sozialer Aufgaben des Reichs (z. B. Erhöhung der Invalidenrenten, Einführung einer Reichsmutterkassensicherung usw.) zu verwenden.

6. Die

Preise für die ausländischen Lebensmittel

auf die Deutschland zunächst jedenfalls noch unbedingt angewiesen ist, übertreffen die Preise der heimischen rationierten Lebensmittel zum Teil um das Zwei- bis Vierfache. Da eine entsprechende Lohnneubestimmung notwendig eine Preissteigerung aller Erzeugnisse zur Folge hat, welche die Lebenshaltung wiederum verteuert und den Geldwert herabmindert, muß der Versuch gemacht werden, einen Teil des Lohnes in Nahrungsmitteln, Kleidung usw. zu entrichten. Dazu sind mit Rücksicht auf die teuren ausländischen Lebensmittel Zuschüsse von den Stellen erforderlich, die an der Zufriedenheit der Arbeiter ein entscheidendes Interesse haben, das heißt dem Unternehmer und dem Reich. Von der Unternehmenseite könnte hierzu eine Ausgleichskasse in Anspruch genommen werden, die von den unter günstigeren Umständen arbeitenden Betrieben zu speisen sein würde. Auch der Staat muß eine besondere Einnahmequelle schaffen, aus der die Mittel für die Finanzierung dieser Zuweisungen schöpft.

Eine Erhöhung des Brotpreises ist schon jetzt notwendig geworden. Mit dem Einsetzen der neuen Ernte wird sie unvermeidlich werden. Der Getreidepreis ist während des Krieges förmlich niedergebunden worden. Seine Annäherung an den Weltmarktpreis wird schon aus dem Gesichtspunkt notwendig, da sonst an den Grenzen große Mengen auf dem Schmuggelwege in das besser bezahlende Ausland abfließen. Schon jetzt macht sich dieser Schmuggel and der Ost- und Westgrenze breit. Es ist aber auch unmöglich, daß die Reichsgetreidekasse mit dieser Preispanne zwischen Inland- und Weltmarktpreis weiterarbeiten. Schon die bis zur neuen Ernte notwendige Einfuhr verursacht ihr, trotzdem sie den Abgabepreis für das Roggenmehl um 100 Prozent des Einfuhrpreises erhöht, durch die Befreiung des Brotpreises ein Defizit von sechs Milliarden Mark. Daß für die neue Ernte erhebliche Preissteigerungen notwendig sind, wenn nicht die Erzeugung noch weiter unter das objektive Maß, vielleicht sogar bis auf den eigenen Bedarf des Landwirts, herabgehen soll, wird kaum von irgendeiner Seite bezweifelt. Die Notwendigkeit der Erhöhung steht also fest. Ob die politische Lage in zwei oder drei Monaten günstiger dafür sein würde wie heute, wird man mit Sicherheit kaum behaupten können. Steht die Unvermeidlichkeit dieser Maßnahme fest, so muß schon jetzt an sie herangegangen werden, weil jetzt die Möglichkeit besteht, sie zu einer Quelle für den oben bezeichneten Fonds zu machen, der die Befreiung der Arbeiterschaft mit Lebensmitteln ermöglichen soll. Die sofortige Erhöhung des Mehl- bzw. Brotpreises unter Befreiung des Getreidepreises würde dem Reich ermöglichen, die Differenz zu einem Fonds anzusammeln. Denn daran, die Preise für die letzte Ernte beim Erzeuger zu erhöhen, kann nicht gedacht werden, weil hierin eine Benachteiligung des pünktlich Abliefernden läge. Auch für die kommende Ernte könnte zwischen Getreide- und Mehlpreis noch zugunsten des Staates, eine Preispanne aufrechterhalten werden, die dem Fonds einen erheblichen Zuschuß sichert.

Für Zuweisungen aus dem Fonds kommen in erster Linie die Bergarbeiter der Kohlenzechen in Betracht, da sie der Erzeugung unserer Hauptausfuhrware dienen, die zugleich die Grundlage für alle anderen Preise bildet. Von den nachdrängenden Arbeitergruppen werden zunächst diejenigen zu berücksichtigen sein, die Ausfuhrwerte schaffen, vor allem die Kalkbergarbeiter. Mit weiteren Zugeständnissen wird man nach und nach folgen müssen.

Das Reichswirtschaftsministerium hält die Bildung eines solchen Fonds für erforderlich, dessen bankmäßige Verwaltung der Reichsvermögensbank zu übertragen sein würde.

7. Entsprechend einer von anderer Seite gegebenen Anregung, in Deutschland ein heiliges Jahr der Arbeit zu verkünden, hält das Reichswirtschaftsministerium den beschleunigten Erlass eines Gesetzes über den

Arbeitsfrieden

für erforderlich. Grundgedanke dieses Gesetzes soll sein, daß zunächst für ein Jahr in bestimmten, unter ein besonderes Friedensgebot zu stellenden Betrieben (befriedete Betriebe) die Ausübung des Streikrechts an gewisse Voraussetzungen geknüpft sein soll. Zunächst muß der Streik einem Bezirksausschuß für Arbeitsfrieden angefragt werden, der eine Vermittlungsaktion zu unternehmen hat. Kommt eine Einigung nicht zustande, so soll über die Frage, ob die Arbeit niedergelegt werden soll, in einer geheimen Abstimmung von allen Arbeitnehmern des Betriebs beschloffen werden; der Streik soll nur dann begonnen werden dürfen, wenn neun Zehntel aller Ar-

beitnehmer des Betriebes ihre Stimme für den Streik abgegeben haben. Die verschiedenen Arten von Betrieben sollen unter zwei Gesichtspunkten unter Friedensgebot gestellt werden können. Zunächst sollen Betriebe, die für die Gesamtheit der deutschen Wirtschaft lebenswichtig sind (zum Beispiel Kohlenbergwerke, Eisenbahnen, Stahlfabriken, Mühlenbetriebe), durch den Bezirksausschuß für Arbeitsfrieden von Amts wegen unter Friedensgebot gestellt werden können. Bei anderen Betrieben soll es jedoch zum Erlasse des Friedensgebots eines übereinstimmenden Antrags des Arbeitgebers und der Arbeitnehmer bedürfen, wobei letztere in geheimer Abstimmung über den Antrag beschließen sollen. Diese freiwillige Unterstellung von Betrieben unter ein Friedensgebot soll dadurch gefördert werden, daß aus dem „Reichsfonds“ (zu vergleichen Nummer 5) nur solche Betriebe mit Aufträgen usw. bedacht werden sollen, die unter Friedensgebot stehen.

Dem Reichswirtschaftsministerium schwebt also nicht ein Streikverbot, sondern lediglich eine gesetzliche Beschränkung in der Ausübung des Streikrechts vor. Es hält aber auch dieses gemäßigste Programm nur dann für politisch durchführbar und vom sozialen Standpunkt aus für gerechtfertigt, wenn gleichzeitig und in enger Verbindung damit das gesamte übrige Wirtschaftsprogramm tatkräftig in Angriff genommen und durchgeführt wird.

8. Um das aufgestellte Wirtschaftsprogramm einheitlich durchzuführen, ist es unbedingt notwendig, die Zahl der

an der Wirtschaftspolitik beteiligten Reichsministerien

auf höchstens drei zu verringern, in der Weise, daß die Führung der Wirtschaftspolitik ausschließlich in den Händen des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsfinanzministeriums liegt. Durch die Besetzung dieser drei Ministerien muß unbedingt die Gewähr dafür gegeben werden, daß in allen Beziehungen nach Maßgabe des gemeinwirtschaftlichen Programms gearbeitet wird. Die Chefs der genannten drei Ministerien bilden unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers innerhalb des Kabinetts einen Wirtschaftsausschuß, dessen wirtschaftspolitische Richtlinien von allen anderen Ressorts, insbesondere von der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, dem Reichsernährungsministerium und der Waffentillstandskommission, unbedingt zu befolgen sind, solange nicht das gesamte Kabinett abweichende Entscheidungen trifft. Die drei an der Wirtschaftspolitik beteiligten Minister haben entscheidenden Einfluß auf die Befehle aller mit wirtschaftspolitischen Aufgaben betrauten Stellen. Die Geschäfte des Reichsfinanzministeriums fallen, soweit sie in einer Zentralbehörde bearbeitet werden müssen, auf das Reichsfinanzministerium und das Reichswirtschaftsministerium zurück. Im übrigen werden die Geschäfte dieses Ministeriums von mittleren Reichsbehörden oder von der Reichsvermögensbank übernommen.

Auch in Zukunft werden besondere Reichsministerien für wirtschaftspolitische Aufgaben nicht mehr gebildet, auch nicht Reichsminister ohne Portfeuille mit der Erledigung wirtschaftspolitischer Aufgaben (z. B. Aus- und Einreisepolitik, Wiederaufbau der zerstörungsgebiete) betraut. Soweit Aufgaben dieser Art nicht in dem Reichswirtschaftsministerium, dem Reichsfinanzministerium oder dem Reichsarbeitsministerium durchgeführt werden können, sind sie besonderen Stellen zu übertragen, welche den drei genannten Ministerien gemeinsam unterstehen.

Die erledigte rheinische Republik.

Aus der Aktenbeschlagnahme bei der nunmehr endgültig erledigten „Regierung“ der rheinischen Republik ergab sich, daß die Drahtzieher nicht nur ihr Vaterland schändlich verraten, sondern auch ihre französischen Gönner gräßlich irreführt haben. Die Herren haben dem General Mangin und dem Oberstleutnant Vincieu eine Anzahl schon im Dezember gefalteter Unterschriften für die Errichtung einer westdeutschen Republik vorgelegt und ihnen „vorgeredet“, daß 75 Prozent der Bevölkerung sich an dem Putz beteiligen würden. Die französischen Offiziere müssen nach dieser Verherrlichung etwas überrascht gewesen sein, als Herr Dorten und seine Leute riefen und niemand kam.

Der heftigste Ministerpräsident, Genosse Ulrich, hat an den General Mangin folgendes Telegramm gerichtet: Ich erlaube Ihnen, daß das französische Kriegsgericht in Mainz 22 Eisenbahnarbeiter aus Anlaß des Demontationsstreiks zu Gefängnisstrafen von insgesamt 33 Jahren 7 Monaten, darunter Einzelstrafen bis zu 5 Jahren, verurteilt hat. Diese harte Bestrafung hat Entsetzen in allen Klassen der Bevölkerung hervorgerufen, um so mehr, als sich der Streik nicht gegen das französische Militär, sondern gegen das hochverräterische Treiben gegen das eigene Vaterland gerichtet hat. Ich wende mich an Sie, Herr General, mit der eindringlichen Bitte, gegenüber der entsetzlichen Härte der Bestrafungen von dem Begnadigungsrecht in weitherzigster Weise Gebrauch zu machen.

Unabhängige und Loslösungsbestrebungen.

Während die Zentralleitung der U. S. P. zu den Protestbewegungen der Arbeiterschaft im Rheinland und der Pfalz ihr Einverständnis kundgetan hat, leistet sich die Parteileitung der U. S. P. in Köln einen Sonderzug. Sie will sich an den Proteststreiks nicht mehr beteiligen. In einem Aufruf heißt es:

„Die U. S. P. steht auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Sie weiß, daß eine gewalttätige Abtrennung der Rheinlande, die wir verurteilen, geschichtlich betrachtet, nur eine Gewaltmaßnahme von vorübergehender Bedeutung wäre. Sie steht vor allem auf internationalem Boden. Sie erwartet die schließliche Regelung des Völkerfriedens und die Festlegung der Ländergrenzen von den vereinten Arbeitern aller Länder. Sie lehnt es deshalb ab, gemeinsam mit Parteien zusammen-

...die kein Wort des Protestes fanden, als der deutsche ...

Diese Handlungswelt ist um so unverantwortlicher, als gerade die französischen Sozialisten die Rheinrepublik zum Anlaß nahmen, um die heimischen Imperialisten mit den schärfsten Waffen anzugreifen.

Ueber die Friedensausichten

Nach sich Genosse Dr. David einem Berichterstatter des Temps aus. Er bedeutete ihm, daß wir uns und unsere Nachkommen mit der Unterzeichnung zu langer Sklavenerbeit verurteilen würden.

Kremer meldet, daß die Völkerbundkommission in Abwesenheit Wilsons sagte und daß Clemenceau, Lord Robert Cecil und Oberst Houle als Ergebnis gemeinsamer Beratungen empfohlen haben, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, wenn es den Friedensvertrag unterzeichnet.

Chicago Tribune und New York Times haben den vollständigen Text des Friedensvertrages veröffentlicht. Das paßt Wilson nicht. Er forderte den Senat bringend auf, eine gründliche Untersuchung anzustellen, wie Exemplare des Vertrages in die Hand von Briandpersonen gelangten.

Frank Volk hat in einer Mitteilung an den Kongreß erklärt, daß die Forderungen amerikanischer Bürger an Deutschland, die infolge des Unterseebootskrieges und der Maßregeln, die die deutsche Regierung gegen amerikanisches Eigentum in Deutschland ergriffen hat, entstanden sind, beinahe 1 Milliarde Dollar betragen.

Aus der Nationalversammlung.

Der Staatsgerichtshof.

Der Staatenanschuß hat den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes angenommen. Durch ein Versehen ist der Gesetzentwurf der früher schon veröffentlichten Fassung anstatt in der nunmehr in Uebereinstimmung der Reichsregierung mit dem Staatenanschuß festgestellten Form, veröffentlicht worden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Wut der Reaktionsäre.

Die Deutsche Zeitung in Berlin war vorübergehend verboten. Ihr Wiedererscheinen kündigt sie mit folgender Kampfanzeige an:

Uns trennt eine Welt von den Männern der Regierung Scheidemann. Wir werden niemals einen Weg finden, der zu diesen Leuten hindurchführt. Männer, die ihr Jahr und Tag an der Vernichtung des deutschen Siegeswillens gearbeitet haben, Männer, die uns im November des Unglücksjahres 1918 das Schwert aus der Hand geschlagen haben, Männer, die schon damals die im Volkzuge begriffene nationale Bewegung vereitelt haben und die einen geschloffenen, zugehenden Versuch gemacht haben, diese Bewegung zu vereiteln.

In der Wut laßt man gewöhnlich Unfluth. Hier ist er mit Niedertracht und Lüge gewahrt. Von Albernheiten ist nichts anderes zu erwarten. Sie wagen die eigene Säule auf andere Schultern zu wälzen.

Generalstreik im Bankgewerbe in Sicht?

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten hielt an den beiden Pfingstfeiertagen in Berlin seinen dritten ordentlichen Verbandstag ab. In einer Aussprache über die Tarifverhandlungen und die Einheitsorganisationen erhielt die Meinung Oberhaud, man erwarte die Parole zum Generalstreik. Für 10-jährige Bankbeamte werden in Berlin 15 000 Mark Mindestgehalt gefordert.

Frankreich.

Deutsche Kriegsgefangene in Frankreich verurteilt. Ans Celais wird berichtet: Ein von Deutschen kommender Zug mit deutschen Gefangenen wurde auf der Station St. Pierre von zwei englischen Lokomotiven von hinten angefahren. 10 Wagen wurden völlig zerstört. Drei deutsche Gefangene, ein Soldat und ein englischer Sergeant wurden getötet und 25 deutsche Gefangene wurden schwer verletzt.

Die Streikbewegung. Die Führer verschiedener Arbeiterverbände erklären in der „Humanité“, die Maßnahmen und Drohungen der Regierung werden die Arbeiterschaft nicht einschüchtern. Die streikenden Verbände seien gewillt, ihre Forderungen durchzusetzen.

Ägypten.

Soldatenräte unter dem englischen Heer haben sich in Ägypten seit längerer Zeit gebildet. Sie stellen bestimmte Forderungen in bezug auf die Entlassung der verschiedenen Jahreshklassen auf und drohen mit Dienstverweigerung.

Kleine politische Nachrichten.

Erzberger ließ Marichall Joch mitteilen, daß die deutschen Truppen in Lettland zurückgezogen wurden. In 6-7 Wochen werde die Räumung Litauens beendet sein.

Wie die „Freiheit“ meldet, hat der Reichswehrminister Noske wegen zwei Notizen der „Freiheit“ gegen den verantwortlichen Redakteur, den Verleger und den Direktor der Lindendruckerei Strafantrag wegen Beleidigung der Noske-Truppen gestellt.

Die Regierung bezieht eine Anzahl Leutnantstellen mit Unteroffizieren. Die erste größere Reihe Unteroffiziere wird dieser Tage zu Leutnants befördert.

Die Menschenverluste bei Mändens Befreiung, die jetzt amtlich aber ohne Gewähr für absolute Richtigkeit festgestellt worden sind, betragen vom 30. April bis 8. Mai 226 Zivilpersonen (davon 42 Unbekannte), die durch zufällige Ereignisse oder ähnlicher Unglücksfälle ums Leben gekommen sind.

In Rotterdam ist der Dampfer „Gambor Castle“ mit 400 Männern, 250 Frauen und 200 Kindern aus Deutschland Südwest-Afrika eingetroffen.

In Duisburg weigerten sich die Lokomotivführer der Kohlwerke die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn nicht eine gewisse Streiklohn bezahlt würde. Die Direktion lehnte die Forderung ab, worauf die Lokomotivführer und Kesselheizer auch die Rottlandsarbeiten einstellten.

44 Millionen für 18 Teilhaber.

Tabak und gefärbtes Buchenholz ist seit langem unerschätzlich teuer und niederrichtiglich. Nachdem das deutsche Volk mit allem möglichen Erfolg beschworen worden ist, durfte auch die Tabakfabrikanten nicht ausbleiben. Und sie haben es besser als andere verstanden, ihre Suppe zu löffeln.

Berfügt haben die etwa 18 an der Zentralkasse als stille Gesellschafter beteiligten Herren, die sich als alleinvertretende Privatgesellschaft des Hermanns betrachten. Die Gesellschaft bleibt weiter bestehen, verlegt ihre Sitz am 1. Juli d. J. nach Hannover.

Entspricht diese Meldung der Tatsache, dann hört jede Gemütsheiligkeit auf. Dann ist hier eine Entscheidung vorgenommen worden, die nichts anderes als die Konstitution dieser Millionen zur Folge haben muß. Wir glauben nicht, wie der interessierte Schreiber dieser Meldung behauptet, die Regierung habe ihr Einverständnis hierzu gegeben und damit die Zurechnung erhalten, die Gesellschaft werde als Gegenleistung für die Sozialisierung des Tabakgewerbes eintreten und das Vermögen der Zentrale für Arbeiterwohlfahrtszwecke verwenden.

Wir nehmen an, daß die regierungsseitige Antwort nicht lange auf sich warten läßt. Die Sache ist zu wichtig, als daß sie durch eine Geheimratsarbeit abgetan werden kann.

Der Prozeß Ledebour.

Am Sonnabend beantragte die Verteidigung, den Kraftwagenführer Bendel gerammt Hoffmann leben zu lassen, der darüber vernommen werden soll, ob er bei den Besetzungen der Zeitungen und anderer Gebäude als Spitzel seine Hand im Spiele gehabt habe.

Es wird sodann in der Vernehmung des Zeugen Fischer fortgesetzt. Fischer hat die Soldaten dahin festgelegt, daß sie auch soweit sie formell dem Polizeipräsidenten zugeteilt waren, in erster Linie der Kommandantur unterstellt seien und deren Befehle auszuführen hätten.

Der Zeuge verweigert über diese Frage die Aussage. Er habe nur einen davon gekannt und diesen nenne er nicht. — Vorsitzender: Das Gericht muß sich übrigens erst schlüssig werden über diese Frage. Es beschließt nach längerer Beratung, die Frage des Vertheidigers nicht zuzulassen.

N. M. Rosenfeld: Damit Sie wissen, daß wir über den betreffenden Angeordneten unterrichtet sind, will ich Ihnen sagen, wer es war: es war Herr Jürgens. Oder war er es etwa nicht? — Vors.: Nach dem hohen verkündeten Gerichtsbeschlusse braucht der Zeuge diese Frage nicht zu beantworten.

Das Gericht hält seinen Beschluß aufrecht und vertagt die Sitzung bis auf Mittwoch 9 Uhr.

Uns Silber und den Rathbargelieten.

Mittwoch, 11. Juni.

Die Versammlung der Krankenkasse der gewerblichen Arbeiter findet nicht am 17. Juni, sondern heute abend statt.

Der Zeitvertreib der Drosken.

Viele Leute wissen heutzutage nicht, wie sie sich und ihre Familie sättigen und kleiden sollen, weil der Wucher und Schleicherhandel alle Lebensbedürfnisse wahnsinnig verteuert hat.

Kartenspiel und Würfelkast

Und ein Kind mit runder Brust

Hilft zum ewigen Leben.

In Spielhäusern, an der Seite üppiger Weiber, bei reichlichen feilschen Gemissen, verpassen sie das, was andere erarbeiten mühten oder was sie sonst auf krummen Wegen erwarben.

„Wie bekannt geworden ist, wollten sich über Sommer in Travemünde ein oder mehrere Spielclubs niederlassen. Es handelt sich um Spielclubs, wie sie in Groß-Berlin und auch anderen Großstädten bereits bestehen und deren Zahl an allen Orten rasend zunimmt.“

Wir sehen in einer Besteuerung der Spielhöllen nur deren gezielte Anerkennung. Deshalb können wir uns damit nicht befremden, sondern fordern vor allem ein energisches Einschreiten gegen die Spielclubs, die doch nur zum Schein den Vereinscharakter wahren.

Zugendtag in Lübeck. Trotz aller Schwierigkeiten war es doch endlich wieder einmal möglich eine Heerschau abzuhalten über die organisierte, proletarische Jugend des Bezirks Mecklenburg-Lübeck.

Am zweiten Pfingsttage früh 4 Uhr zog die muntere Schar durch die Stadt und mag manchen griesgrämigen Spießbürger in seiner Ruhe gestört haben, denn hinaus ging ins Freie, über Jiracsdorf, Waldhufen, wo erst noch dem Hünengrab ein Besuch abgefaßt wurde, nach dem Riesebusch.

Dr. med. Ahlenstiel
 prakt. Arzt
 Stockelsdorf, Ahrensböcker Str. 35
 Sprechst. vorm. 8-9, nachm. 2-3
 Sprechst. 1897. (3399)

Dr. med. A. Ott
 nimmt seine Praxis
 wieder auf. 3381

Handmähmaschine zu verkaufen
 Preis 40 Mk.
 3374) Falkenstr. 8.
 Zu verkaufen 2 schließliche Bett-
 stellen und 2 Korbstühle.
 3375) Rühlstr. 14, pt.

Reinleinene Schürzen
 Küchenschürzen
 blau Zellstoff Stk. Nr. 5.80
 3 Stk. 16.50
 rein Leinen Stk. Nr. 14.—
 3 Stk. 41.—
Frauenwirtschaftsschürze,
 elegant
 Pa. Zellstoff Stk. Nr. 9.50
 3 Stk. Nr. 27.—
 rein Leinen Stk. Nr. 25.60
 3 Stk. 75.—
Damenhausschürze,
 sehr vornehm
 allerb. Zellstoff Stk. Nr. 16.—
 3 Stk. Nr. 46.—
 rein Leinen Stk. Nr. 29.50
 3 Stk. Nr. 86.—
Kleiderschürze
 Pa. Pa. Zellstoff Stk. Nr. 34
 3 Stk. Nr. 95.—
Männerschürze
 blau Zellstoff Stk. Nr. 6.25
 3 Stk. Nr. 18.—
 Scheuertücher (3386
 Dgd. Nr. 9.— und Nr. 12.—
 August Rettig, Dessau M. 1904

Zähne mit und ohne
 Platte,
 spez. moderne
 Gold-Fachwerk,
 Goldkronen,
 Brücken, Klem-
 men, Umarbeitung schlechthänd.
 Gebisse. Schmerzlose Behandl.
 M. Marcks, 56. (3330)

Der Andrang

zum
Lederwaren-Verkauf
 war gestern unerwartet groß.

Die Auslagen sind deshalb erweitert.
 Neue Kassen sind eingerichtet. *********
 Der größte Betrieb kann bewältigt werden.
 Der Verkauf geht daher weiter. *********
 Ergreifen Sie die Gelegenheit. **~**
 Nützen Sie die Zeit und kaufen Sie
 morgens, da nachmittags das Gedränge
 immer riesig groß.

Karstadt Kom.-Ges.

Arbeiterrat
Voll-Versammlung
 am Dienstag, dem 17. Juni, nachmittags 5 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 1. Mitteilung. 2. Beratung der Geschäftsordnung.
 3. Wahl der Ausschüsse.
 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
 Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftliche
Mitglieder-Versammlung
 am Donnerstag, dem 12. Juni d. J.,
 abends 7 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 Beratung der Anträge zum Verbandstag.
 Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.
 Die Ortsverwaltung.

Handelsangestellte
 aus allen Fachgruppen.
 Es ist notwendig geworden, vor Unterzeichnung des Tarifes
 noch eine
Versammlung
 am Mittwoch, 11. Juni, abends 7 Uhr,
 im Marmorsaal
 abzuhalten, um die Stellung der Angestellten zu noch gewünschten
 Änderungen seitens der Arbeitgeber zu erörtern. — Vollständiges
 Schreiben der Kollegen und Kolleginnen aus allen Fachgruppen
 ist dringend erforderlich.
 Tarifausschuss
 des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer
 Angestellten-Verbande
 und der Arbeitsgemeinschaft freier
 Angestellten-Verbande.

Konzerthaus Fünfhausen
 Donnerstag, den 12. Juni:
Vornehme Ballmusik. Anfang 6 Uhr.
 3377) Jeden Sonntag: Tanzfrüher. A. W. Neumann.

Möbel-Ausstellung
 für
Kriegsteilnehmer u. Kriegsgetraute
 Täglich von 3-6 Uhr Katharinenkirche
 (Eingang Glockengießerstraße).
 Gemeinnützige Gesellschaft für Möbelbeschaffung m. b. H.

Krankenkasse u. Sterbekasse gewerbli. Arbeiter
Außerordentliche General-Versammlung
Heute,
 am Mittwoch, dem 11. Juni, abends 8 Uhr
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.
 Tagesordnung:
 Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrats: Abänderung des § 8,
 Absatz 1 und 5, § 11, Absatz 1 und § 13, Absatz 1.
 Die Anwesenheit der Mitglieder ist dringend geboten. (3388)
 Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 Zahlstelle Lübeck.
Versammlung
 am Freitag, d. 13. Juni, abds. 7 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus
 Tagesordnung:
 1. Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere Lohnforderung.
 2. Bericht vom Gautag.
 3. Aufstellung eines Kandidaten zum Verbandstag.
 4. Anträge zum Verbandstag.
 5. Verbandsangelegenheiten.
 Kolleginnen und Kollegen! Zu dieser sehr wichtigen Ver-
 sammlung ersuchen wir um das Erscheinen aller unserer Mit-
 glieder.
 Der Vorstand.

Adlershorst. Jeden Donnerstag:
Tanz.

Zwirn
 fein Papier, 100 Sterne nur
 3389) 20.— Mk. frei Nachm. [Z
 P. Moths, Gefell, 134 Vogtl.
Glasheiben
 aller Art off.
 O. Fauchitz, Glashandlg.,
 Fleischhauerstr. 35, Fernr. 2808

Verein
Fritz Reuter,
 Lübeck.
Versammlung
 am'n Donnerstag, d. 12. Juni
 abends 8 Uhr
 in'n Vereinslokal.
 De Vorstand.
 3393)

Zentral-Verband
der Zimmerer.
 Zahlstelle Lübeck.
Versammlung
 am Donnerstag, dem 12. Juni
 abends 7 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Die Tagesordnung wird in der
 Versammlung bekannt gegeben.
 Das Erscheinen sämtlicher
 Kameraden ist erforderlich.
 Der Vorstand.
 3402)

Restaurant Schliesierheim
 Schmiedestr. 3
 G. Lachmann :: Gemüthlicher
 Aufenthalt f. Skatspieler. (3385)

Unabh. Sozial. Partei.
 Ortsgruppe Lübeck.
Mitglieder-Versammlg.
 am Donnerstag, dem 12. Juni
 abends 7 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 1. Wahl eines Bureaubeamten.
 2. Innere Vereinsangelegenheit
 3397) Der Vorstand.

Unabh. Sozial. Partei
 Ortsgruppe Schlutup.
Mitglieder-Versammlg.
 am Freitag, dem 13. Juni
 abends 7 Uhr.
 Tages-Ordnung wird in der
 Versammlung bekannt gegeben
 3398) Der Vorstand.

Verband der Bureau-
angestellten Deutschl.
 Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.
 am Donnerstag, dem 12. Juni
 abends 7 1/2 Uhr
 im „Kulmbacher Bierhaus“.
 Fleischhauerstraße 16.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Koll. Mirow:
 Riga, Land und Leute.
 2. Mitteilungen des Vorstandes
 3. Verschiedenes.
 Regen Besuch erwartet
 3397) Der Vorstand.

HANSA
THEATER
 Mittwoch: Krone u. Fessel.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das sensationelle Militär-
Ausstattungsstück!
 „Krone
 und
 Fessel“
 I. Die Letzten der Strachwitz.
 II. Der Verlobungsabend.
 Das Kriegsgericht. 3366
 III. Die Flucht.
 „Alles in Ordnung.“
 IV. Die große Vergeltung.
 — Vorzugskarten gültig! —
 Freitag: Krone und Fessel.
 Sonnabend: Zapfenstreich.

Stadthallen-Theater
 Lübeck. 3365
 Mittwoch, den 11. Juni,
 nachmittags 4 Uhr:
Großes Konzert
 Orchester des Vereins der
 Musikfreunde Lübeck.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Als ich noch im
Flügelkleide.
 Ein fröhliches Spiel von
 A. Kehm und Martin Frelse.
 Donnerstag, den 12. Juni:
Frühlingsluft.
 Freitag, den 13. Juni:
 Nur sechs Schüsse in.
 Sonnabend, den 14. Juni:
Filmzauber.

Stadthallengärten Lübeck
 Mittwoch, den 11. Juni,
 nachmittags 4 Uhr:
Großes Konzert
 Orchester des Vereins der
 Musikfreunde Lübeck.
 Eintritt 1. Kl. 10.—, Dutzend-
 billets 10.30 Mk.

Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg-Lübed.

Wir berufen hiermit den diesjährigen

Bezirks-Parteitag

für Sonntag, den 20. Juli, und Montag, den 21. Juli, nach
Mahlis, „Schlösschenhaus“, ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
Berichterstatler: Abg. Kröger, Rostock.
2. Bericht über die Presse.
Berichterstatler: Geschäftsführer Blunk, Rostock.
3. Bericht der Landtagsfraktion.
Berichterstatler: Abg. Lüdemann, Schwerin.
4. Die Reorganisation unseres Bezirksverbandes.
Berichterstatler: Abg. Kröger, Rostock.
5. Volksschule und Volksbildung.
Berichterstatler: Abg. Stelling, Lübed.
6. Die politische Lage.
Berichterstatler: Parteisekretär Braume, Lübed.
7. Beratung der Anträge, die nicht durch die Tagesordnung erledigt sind.
Anträge, die veröffentlicht werden sollen, bitten wir bis zum 7. Juli an uns einzufenden.

Der Bezirksvorstand.
J. A. Wilh. Kröger.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Telephonischer Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Weimar, 9. Juni.

Sitzung des Parteiausschusses.

Der Parteiausschuss trat heute vormittag 10 Uhr in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand im Fraktionszimmer der Sozialdemokratie in der Nationalversammlung zu Weimar unter dem Vorsitz von Hermann Müller zusammen. Dieser gab einen Überblick über die Geschäftslage des Parteitag. Vielfache Anregungen aus dem Saale hätten seine Verschiebung um einige Wochen gefördert. Die meisten Anträge habe der Parteivorstand keine Folge gegeben, um die Entscheidung einer Anzahl wichtiger Fragen nicht länger hinauszuziehen und nicht der Verleumdung Nachrang zu geben, daß der Vorstand keinen Parteitag wolle. Leider müsse damit gerechnet werden, daß die Zeit des Parteitages sehr begrenzt sei. Wenn die Nationalversammlung am Sonntagabend zusammenzutreten sollte, müßte der Parteitag versuchen, mit den wichtigsten Fragen bis Freitagabend fertig zu werden. Deshalb werde es sich empfehlen, nicht nur den Bericht des Parteivorstandes, und der Kontrollkommission, sondern auch den der Nationalversammlung und vielleicht auch die Vorschläge der Kommission für das Pressewesen gemeinsam zu diskutieren. Weiter sei unbedingt Klarheit über die Frage „Räteystem und Reichsverfassung“ zu schaffen. Die Referenten Einzelheimer und Cohen hätten ihre Zeitfäße dazu ausgearbeitet. Eine große Anzahl von Anträgen würden auch durch die eingelaufenen Anträge aufgeworfen, deren Zahl Legion sei. Auch hier müßte über die Hauptgebiete des Parteinteresses eine klare Entscheidung gefällt werden. Die Anträge beziehen sich hauptsächlich auf raschere Demokratisierung der Verwaltung der Einzelstaaten, auf die Frage der Doppelmandate, auf die Einigung der verschiedenen Richtungen der sozialistischen Bewegung und auf die Freiwilligenkorps. Auch das Verhältnis der Einzelstaaten zu der von uns grundlegend geforderten Einheitsrepublik, das Beamtenrecht und die Fragen der Bildung und Jugendbewegung würden in den Anträgen mehrfach angegriffen. Nicht empfehlenswert sei es, entsprechend einem Antrage von Berlin, den Parteitag auch noch mit einem Referat über auswärtige Politik zu belasten, zumal diese in Scheidemanns Referat über die Aufgaben der Partei in der Republik erörtert werden müßte, wenn für diesen Vortrag überhaupt

Zeit bleibe. Auch die Fragen der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen würden sich in der leider stark beschnittenen Zeitspanne des Parteitages diesmal nicht durch ein besonderes Referat behandeln lassen. Sie müßten beim Punkt „Fraktionsbericht“ erledigt werden, zumal da hierüber gar keine Meinungsverschiedenheiten beständen.

An diese Darlegungen knüpfte sich eine lange Aussprache. Von mehreren Rednern wurde als notwendig erachtet, daß der Parteitag dem Vorstande den Auftrag gebe, schleunigst eine Agrarkommission einzuberufen und ein neues Agrarprogramm auszuarbeiten. Auch die allgemeine Programmdiskussion müsse in Angriff genommen werden, sobald einigermaßen ruhigere Zeiten Raum für prinzipielle Erörterungen gäbe. Weiter wurden aus verschiedenen Teilen des Reiches lebhaft Klagen darüber vorgebracht, daß die alten Landräte und Regierungspräsidenten noch im Amte seien und ihre reaktionäre Gesinnung jetzt so unverhüllt betätigt wie je zuvor. Der Parteitag müsse hierzu ganz eindeutig und klar Stellung nehmen. Auch die anderen von Hermann Müller angeführten Themen der Anträge kamen in der Aussprache zur Geltung. Bestimmte Beschlüsse wurden nicht gefaßt, obwohl eine nahezu vollständige Uebereinstimmung der Anschauungen zutage trat. Zum Schluß entwickelte Heinrich Scholz ein umfangreiches Programm für sozialistische Bildungsarbeit und Jugendbewegung und betonte dabei besonders die Rolle, welche die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer zu spielen berufen sei. Auch dieses Programm werde dem Parteitag vorgelegt werden.

Zu Vorstehenden des Parteitages sind Heinrich Schulz und Paul Lübe in Aussicht genommen.

Morgen vormittag tagt noch einmal die Organisationskommission, der Parteitag selbst wird nachmittags um 4 Uhr eröffnet.

Erster Verhandlungstag

Weimar, 10. Juni, nachm. 4 Uhr.

Der Sitzungssaal der Nationalversammlung trägt im Hintergrund Lorbeerzweige, aus dem die Büsten von Karl Marx und Ferdinand Lassalle hervorschauen. Sonst ist der Saal wertlos einfach gehalten. An dem Tisch der Regierung und der Mitglieder des Bundesrats sitzen die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, dazwischen einige sozialistische Reichsminister.

Um 4 Uhr ruft die Glocke des Hauses. Genosse Brods, der Vorsitzende des Weimarer Wahlvereins und Gauleiter der Buchdrucker, heißt die Delegierten in schwungvoller Ansprache willkommen. Er vertritt in knappen Worten den Geist von Weimar und fordert die Ergänzung der klassischen Ideologie durch die marxistische Tageländebuchforschung. Dieser Parteitag müsse ein Meilenstein in der Geschichte der Partei werden und der Arbeiterschaft in dieser tiefsten und entscheidenden Zeit die einheitliche, packende Parole geben, nach der sie verlangt. Hier in Thüringen sei atklaffender Parteiboden; Erfurt, Eisenach, Gotha nenn die Parteigeschichte mit besonderer Bedeutung. Großes verlangt die Zeit, Großes dieser Boden. Zu schwerer Arbeit sollen die Delegierten in Weimar willkommen sein.

Parteiorganisator Hermann Müller: Noch niemals ist ein Parteitag ohne Zerwürfnisse eröffnet worden wie dieser — gegen den Willen der Weimarer Genossen. Aber das entspricht dem Ernst der Zeit, die nichts erfordert als Arbeit. Auf dem Würzburger Parteitag hat Scheidemann treffend vorhergesagt, daß wir einer ungewissen Zukunft entgegengehen. Aber das haben wir nicht geglaubt, daß wir noch 12 Jahre später in einem Zustand zwischen Krieg und Frieden schwächen würden. „Uns droht ein überhöht harter Friede, trotzdem wir die alten Unterdrücker verjagen, das freieste Wahlrecht der Welt erlangen und die Republik errungen haben, welche die alte Sehnacht von Hunderttausenden erfüllte. An der Spitze der jungen Republik steht unser Ebert, der mit heute telegraphierte: „Dem Parteitag wünsche ich glückliche Erfüllung seiner schwereren Aufgabe in idyltischster Zeit.“ Wir danken unserm Ebert für die treuen Dienste, die er der Partei stets geleistet hat. Aber bei allen Erfolgen will keine reine Freude bei uns aufkommen. Wir müssen die Fahne unserer Republik auf einem Schutt- und Trümmerhaufen aufziehen, und die Zeit, in der wir uns durchsehen, fällt zusammen mit einer Zeit tiefster nationaler Schmach. Wir werden uns immer wieder die Frage vorlegen, ob das alles so kommen mußte, und werden nicht ruhen, bis die zur Rechenhaftigkeit gezogen sein werden, die an diesem maßlosen Unglück unseres Volkes die Schuld tragen. In den letzten Wochen sind die Gegensätze unter uns zurückgetreten, denn wir sind von einem Frieden „bedroht“, und im Trauerhaufe soll der Streit schweigen. Aber wir werden die Schuld der alten Machthaber nicht vergessen, auch nicht die Herren von der Vater-

landspartei, die mit ihrer Raubpolitik dieses Elend haben beibehalten helfen, und die in allerneuester Zeit wieder an die Oberfläche zu kommen suchen. Haben sie doch in der Nationalversammlung einen Antrag eingebracht, der erklärt, daß die Gegenanschläge der deutschen Regierung mit der Ehre des deutschen Volkes unvereinbar seien. Wir sagen diesen Kreisen, daß sie zu schweigen haben, wenn von der Ehre des deutschen Volkes die Rede ist. Wir werden auch die Schuld der Junker und Junkerengenossen nicht vergessen, die notwendige Reformen, insbesondere die Reform des preussischen Wahlrechts, verzögert haben, obwohl wir ihnen zugerufen haben, daß jeder Tag der Verzögerung die Widerstandskraft des deutschen Volkes stärke. Und wir vergessen schließlich nicht jenen unverantwortlichen Militarismus, der, als alles auseinanderzufallen drohte, schließlich jenen Waffenstillstand abschloß, der der Vorläufer des jetzigen Gewaltfriedens ist, und die sich jetzt zu ihrer Rechtfertigung die Finger wundschreiben. Bei dieser nützlichen Borearbeit für den Staatsgerichtshof werden wir sie nicht hören. Alles das hat dazu beigetragen, die Nerven des hungernden Volkes zu lähmen, zumal die bürgerliche Regierung nicht verstand, den Amerikanern und Westpatrioten den Kampf bis aufs Weisse anzuordnen. So kam es, daß das deutsche Volk schließlich zur Selbsthilfe griff, und es hat gründlich davon Gebrauch gemacht. Allen Geschichtsklitterern zum Trost lagen wir, daß die Novemberwoche des Jahres 1918 einen Ehrenplatz in der Geschichte des deutschen Volkes einnehmen wird. Wie Spukgestalten verschwanden in drei Tagen 22 Dynastien, und es wird einem späteren Berichterstatter schwer werden, in dieser Zeit einen Helden oder Märtyrer aus den Unterdrückten herauszufinden. Sie vertrieben sich in die Schlupfwinkel und werden sich hüten, die Arbeiterklasse zu reizen, denn wir haben Machtmittel, um uns gegen jede wirkliche Gegenrevolution in kürzester Zeit zur Wehr zu setzen. (Zuruf: Rosta! Sehr richtig! und Heiterkeit.) Hat nun der große Moment des 9. November nicht ein zu kleines Geschlecht gefunden? In Berlin schlugen in jenen Tagen auch die Unabhängigen widerstrebend in die dargebotene Hand ein, und das Klassenbewußte Proletariat begrüßte diese Einigung, begrüßte die erste sozialistische Regierung. Leider war sie nicht von langer Dauer, die Unabhängigen sind eben keine einheitliche und geschlossene Partei, neben ehrlichen Demokraten finden sich in ihr auch begeisterte Anhänger der Minderheitsdiktatur, Kreise, die in der Revolution keinen gesellschaftlichen Krisenzustand sehen, sondern am liebsten sie zu einer Regierungsform machen wollten: Kreise, die Handgranaten und Maschinengewehre in den Kampf der Geister einführten. An Zulauf fehlt es in solchen Tagen radikal auftretenden Parteien nicht. Die Unabhängigen mußten das selbst erleben, denn nach dem ersten Zulauf spalteten sich viele von ihnen ab und gründeten eine neue Partei, die Partei der Kommunisten, und leider fanden die Unabhängigen nicht den Mut zum Trennungsschritt gegen die Kommunisten. So wurde das Arbeiten auf dem Trümmerhaufen immer schwerer. Die Unabhängigen verhinderten die Wahl zur Nationalversammlung, wie sie auch die sozialistische Mehrheit verhindert haben. Dadurch haben sie uns verhindert, mehr für den Sozialismus zu tun und zu erreichen. Sie sind schuld daran — und sie klagen darüber. Aber es wurde noch schlimmer. Bewaffnete Haufen lüchten die Regierung zu stürzen, und in der kritischen Januarwoche wäre es ihnen beinahe gelungen. Wir hätten das Schicksal der Kerenski-Tscheche und Zerettelli geteilt, wenn wir damals nicht die Nerven behalten hätten. Damals wurde das erste freiwillige Regiment ins Leben gerufen, und gerade die Berliner Parteigenossen waren damit besonders einverstanden. Wir mißbilligen auf härteste alle Ausschreitungen, und fordern strengste Remedur, aber es ist auch historische Gerechtigkeit, daß keine Regierung, die in der Macht gehalten kann, die nicht eine zuverlässige militärische Stütze hat. Ohne sie wird der Staat ein Spielball bewaffneter Haufen. Ohne die Freiwilligen hätten wir längst merikanische Zustände, die jede Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens unmöglich machen. Nur lagen manche Parteigenossen, wir müßten eine rein sozialistische Regierung haben. Aber wie soll man eine sozialistische Regierung durchführen, wenn es drei sozialistische Parteien gibt — die Kommunisten einmal als Sozialisten mitgezählt —. Haben wir es nicht erlebt, daß in den Kriegsjahren Truppenenteile lange diskutiert und sich schließlich für neutral erklärten? Daran mögen sich die erinnern, welche die Einigkeit um jeden Preis verlangen. Wir können uns nur einigen auf dem Boden der Sozialdemokratischen Grundzüge. Eine Regierung mit den Kommunisten erschänt uns als ausgeschlossen, und wir stimmen ja auch darin ganz mit den Kommunisten überein. Wir werden den Boden der Demokratie unter gar keinen Umständen verlassen und uns niemals zur Diktatur der Minderheit begeben. Trotz des begreiflichen Schmerzes über die Zerreißung der Einigkeit ist die Parteispaltung doch sehr natürlich in dem Augenblick, in dem wir Regie-

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus
von Fr. Kigel-Mainz.

21. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Bevor ich auf die Ausführungen meines Herrn Vorredners näher eingehe“, begann er jodend, „mache ich den hohen Gerichtshof darauf aufmerksam, daß sich in letzter Stunde eine Entlastungszeugin für meinen Klienten gemeldet hat, deren Vernehmung im Interesse einer Klärung der Sachlage dringend nötig erscheint! Ich beantrage daher, die hier anwesende — der Verteidiger sah auf seine Notizen — „Dorothea Lamprecht aus Tiefenborn, bevor die Verhandlung fortgesetzt wird, eidlisch zu vernehmen.“

Einige flüsternde Beratungen des Vorsitzenden und der beifolgenden Richter erfolgten, dann nahm der erste das Wort: „Das Gericht hat beschlossen, dem Antrage der Verteidigung stattzugeben und die hier erscheinende Dorothea Lamprecht in der Sache gegen Paul Höfer zu vernehmen.“

Auf die hierauf erfolgende Aufforderung des Präsidenten trat Dorothea mit festen Schritten vor die Schranken. Nach der vollzogenen Aufnahme der Personalien und nach Ablegung des Eides mahnte sie der alte Herr in gutem Tone: „Nun, jetzt erzählen Sie uns einmal, was Sie über die Sache wissen, aber möglichst kurz.“

Die Aufregung, in welcher sich Dorothea befand, ließ sie alle Scheu vor den ernst blickenden Männern des Gerichtes vergessen. „Herr Richter“, begann sie mit leiser Stimme, „ich bin des Mädche, um des der Paul Höfer geworbe hat! Ich hab ihn juridgemäße, trotzdem ich ihn so gern hab, wie mer nur aan gern habe kann, weil ich geglaabt hab, er wollt mich nur nemme, weil ich domols e gut Partte war! Besonders hoits mich gekränkt, daß er nit quersit bei mir war, eh er bei meine Zeit um mich angehalte hot! No, Herr Richter — ich solls jo kurz sage —, in mein Troh um Hochmut hab ich mich mit dem anere eingelasse, der, wo jeh uff dem Kirchhof liegt — ich bin so weit kumme, daß ich ihn unbedingte heirate mußt, wollt ich nit in die Schand komme un weil er sich von mir los mache wollt, hab ich ihm emol im Zorn gesagt, daß er froh sein sollt, wenn er mich zur Frau bekam, mich, um die der laubeste und bravste Vorich im ganze Ort, der Paul Höfer, angehalte hätt! Herr Richter, es haapt, mer soll de Dode nit Böses nachrede — aber etwas Gutes von dem Franz Schwind waah aan Manich! Er hot mich schmähtlich im Stich gelasse, weil er e reiß Wittfra heirate wollt — er hot in der „Kron“ gleich mit dem Paul Krafel angefangen — die Zeuge habe's jo vorhin verzählt, — und hot ihn usgezoge demit, daß der Paul en Kork

bei mir kriegt hot! Des hot den Paul ganz außer Rand und Band gebracht — er hot nit mehr gewußt, was er tut, wie er den Franz wider de Dje geschmitt hot — aber umbringe hot er ihn nit wolle, so gewiß nit, als wie en Herrgott im Himmel lebt! Der Herr hot vorhin gesagt! — Dorothea deutete auf den Staatsanwalt — „der Paul hättis aus Rohheit getan — er kennt ihn ebe nit, den Paul, un waah nit, daß er des beste Herz von der Welt hot, daß er kaaner Müd was zu laad tun kann! So, Herr Richter, des is es, was ich zu sage hab, un jeh!“ — das Mädchen hatte die letzten Worte mit zitternder Stimme gesprochen und wandte sich um zu dem in glühender Erregung stehenden Angeklagten und, demselben die Hand hinstreckend, fuhr sie schluchzend fort: „Paul, willst du mirs nit noochtrage, was ich dir angehan hat?“

Das kauselnde Lachen, welches, herporgerufen durch die ungeschminkte Redeweise der Zeugin, im Anfang von deren Befehntnis durch die Zuhöreremenge lief, war im Lauf der Rede Dorotheas verstummt, wie auch der anfangs heitere Ausdruck auf den Gesichtern der Mitglieder des Gerichtshofes einem tiefen Ernst Platz gemacht hatte. Hier — das fühlte ein jeder der gespannt stehenden — entschleierte ein Menschentum, ein einfaches Mädchen aus dem Volke eine Seelengröße, wie sie das gebildete und erhabenste Weib nicht بهتر beweisen konnte. Um den Mann, den sie liebte und dennoch zurückgewiesen hatte, vor der vollen Strenge des Gesetzes zu bewahren, anerkannte sie vor dem Forum der breitesten Öffentlichkeit ihr Unrecht, gestand ihre Schande und bat den Unglücklichen, der dort auf der Anklagebank als Geächter und Verfeinert sein Urteil erwartete, demütig um Verzeihung.

Während die Frauen mit den Taschentüchern nach ihren Augen sahen, sahen die Männer mit stiller Hochachtung nach dem tapferen Mädchen, dessen Rechte der Angeklagte mit beiden Händen ergriffen hatte.

„Dorothea!“ Nur das eine Wort konnte Paul hervorbringen, dann beach ihm vor Erregung die Stimme. In dem Klange des einen Wortes lag aber eine so unendliche Liebe, eine so schmerzliche Trauer um das verlorene Glück, daß Dorothea laut aufweinend die Hände vor das Gesicht schlug und wieder nach einer der Zeugenbänke wandte, wo sie sich niederließ.

Es ist nicht getastet, Zeugin, mit dem Angeklagten zu reden!“ hatte der Vorsitzende mit milder Stimme gesagt. Dorothea hatte der Verwarnung nicht beachtet und wenn die Strafe des Todes darauf gestanden hätte, sie müßte die qualende Last, die ihr wie ein Alp auf der Brust lag, durch die Bitte um Verzeihung an Paul, von sich abwälzen.

Das nach der erschütternden Szene im Zuhörertraum entstandene Gemurmel verstummte sofort, als der Präsident jetzt wieder die Stimme erhob und dem Verteidiger das Wort gab.

Wieder ging eine Bewegung durch die Zuhauer, denn alle reckten die Hälse, um den berühmten Redner zu betrachten, von dem die Sage ging, daß er aus schwarz weiß zu machen verstehe. Nun — wie ein gewaltiger Redner sah der kleine etwas beleibte Herr mit dem gutmütigen Gesicht und dem freundlichen Lächeln gerade nicht aus, der sich da eben von seinem Stuhle erhoben hatte und unter atemloser Stille der ganzen Versammlung begann:

„Meine Herren! Wenn ich die Rednergabe eines Cicero und eines Demosthenes in mir vereinte und würde in glänzenden Wendungen mit den scharfsinnigsten Argumenten die von dem Herrn Staatsanwalt gegen meinen Klienten vorgebrachten Anschuldigungen widerlegen — wenn ich mit Entgelzen rede, um die Herzen der Herren Geschworenen zu rühren und denselben eine milde Auffassung der von dem Angeklagten begangenen Tat beizubringen — ich könnte nach meiner Ueberzeugung nicht die Wirkung auf Sie, die Sie über Schuld und Nichtschuld zu urteilen haben, hervorrufen, welche die schlichten Worte der zuletzt vernommenen Zeugin ausgeübt haben! Das einfache Naturkind hat sich mit, dem geschulten Redner als überlegen gezeigt — unter seinen, dem wärmsten Gefühl und der edelsten Selbstverleugnung, entpungenen Worten zerriß der Schleier der Ungewißheit und ließ uns klar die Motive erschauen, welche einen sonst ruhigen und verständigen Menschen, wie den Angeklagten Paul Höfer, zu der Tat getrieben haben, wegen der er jetzt vor den Schranken des Gerichts steht.“

Meine Herren! Uns allen ist durch die Zeugin auf das schlagendste bewiesen worden, daß dem Angeklagten seitens des gestörten Franz Schwind eine Verteidigung zugefügt wurde, wie sie idem nicht erdacht werden kann. In öffentlicher Stelle, im Wirtshaus, in Gegenwart seiner Freunde und Bekannten, wird der harmlos dahingehende Angeklagte von dem hämischen Zeinde auf das grausamste in seinen heiligsten Gefühlen verletzt! Die von uns beobachtete erschütternde Szene zwischen der zuletzt vernommenen Zeugin und dem Angeklagten hat uns ohne Worte klar bewiesen, daß es das erhabenste Gefühl des Herzens, die Liebe zum Weibe gewesen ist, welches Paul Höfer zur Verübung um Dorothea Lamprecht veranlaßte. Wie mußte die erfahrene Zurückweisung dieser Werbung den Stolz des Mannes kränken, des Mannes, der nach der zeugeneidlich bekundeten Aussage seines früheren Hauptmannes sich während der Militärszeit als tadelloser, ehrenhafter Charakter erwiesen hat, dem die Zivilbehörde das beste Zeugnis ausstellt und der demnach einen hohen Grad von Ehrgefühl besitzt! Wie mußte einem solchen Mann daran gelegen sein, daß die Kunde von der mißglückten Werbung nicht in die Öffentlichkeit drang, damit er nicht auch noch der immer bereiten Schadenfreude und Spottlust seiner Nebenmenschen als Zielscheibe diene!

Fortsetzung folgt.

rungsparthei wurden. Neben der registrierenden Partei steht immer eine Oppositionspartei, die mehr fordert als die Regierung geben kann; besonders in dieser Zeit der Verarmung. Regierungsverhältnisse lassen sich nicht nach den Grundfragen einer Agitationsbroschüre leiten. Wenn wir die Parteischule wieder eröffnen, wird das Fach der politischen Pädagogik, der Erziehung zur Verantwortlichkeit, einen besonderen Raum einnehmen; denn die Verantwortlichkeit ist eine Tugend, deren Pflege wir vernachlässigt haben, als wir noch eine apolitische, kritiklose, organisierte Partei waren. Das Volk des uns drohenden Gewaltsfriedens ist uns in diesem Augenblick noch nicht bekannt, aber Hauptleidtragende bei dem, was die französischen und englischen Rubendrucke und Trippe diktieren, wird die deutsche Arbeiterklasse sein. Und doch hat sie in dieser Stunde eine große historische Mission. Sie war mit der ganzen ökonomischen Entwicklung der Träger des deutschen Einheitsgedankens schon zu der Zeit, als Bebel und Liebknecht Groß-Deutschland propagierten, das sich jetzt vielteilig verwirklichen wird, und zu dem wir unseren österröschischen Brüdern in gemeinsamer Trauer unsere Grüße senden. In Erinnerung an diese Vergangenheit muß sich jetzt zeigen, daß die deutsche Nation sich auf ihre Arbeiterklasse verlassen kann. Später, Lubwischen, Wiesbaden und Mainz haben die erste Probe gegeben. Damit haben die deutschen Arbeiter unsere hohe Kultur verteidigt, und wir werden sie verteidigen, bis der siegreiche Sozialismus alle Völker von jedem Joch befreit. Nur ein Volk, das sich selbst aufgibt, kann aus dem Joch der Geschichte gestrichen werden. Die deutsche Arbeiterklasse, in einem köstlichen Klassenkampf erprobt, kann sich, kann ihr Volk nicht aufgeben. Darum rufe ich von dieser historischen Stätte den deutschen Arbeitern zu, besonders der Arbeiterbrüder an der Saar und Mosel, Rhein und Oder: „Was auch geschehe, steht zum deutschen Volke!“ (Stürmischer langanhalt. Beifall.)

Darauf eröffnet Hermann Müller den Parteitag für eröffnet. Zu Vorsitzenden werden auf Vorschlag von Scholch-Breslau mit gleichen Rechten Heinrich Schulz und Paul Locke gewählt.

Vorsitzender Schulz: Wir werden uns bewähren, durch unsere Geschäftsführung dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Jedes Wort und jede Entscheidung dieses Parteitages wird von größter Bedeutung sein. Deshalb sollte jeder Delegierte sich jedes Wort ernst und reiflich überlegen, jeder sich um das gegenseitige Verständnis bemühen, jeden der Geist echter Kameradschaftlichkeit und Brüderlichkeit erwärmen und befeuchten.

Auf Vorschlag von Krüger-Potsdam werden zu Schriftführern gewählt: Andersen-Königsberg, Andree-Hannover, Ritter-Berlin, Frau Hoppe-Berlin, Frau Karmen, Kölsch-Gemünn, Knie-riem-München, Schellender-Hamburg und Schönwalder-Oberland-Heidelberg. Durch Zufall wird auch eine neungliedrige Mandatprüfungscommission gewählt. Diese soll auch die einzige Beschwerde mit erledigen, die vorliegt.

Die Geschäftsordnung wird debattelos angenommen. Zur Tagesordnung liegen eine Reihe von Anträgen vor, die die Behandlung der auswärtigen Politik, der Sozialisierung, des Heerwesens, der Jugendfrage usw. durch besondere Referate wünschen.

Leuterk: Hamburg: Ich widerrate jeder Erweiterung der Tagesordnung. Ueber die auswärtige Politik können wir jetzt kaum sprechen, da alles im Ungewissen liegt. Im übrigen werden wir eine große politische Aussprache haben, in der alle Einzelfragen mit zur Verhandlung kommen. Dagegen sollten wir, um Wiederholungen zu vermeiden, die Punkte: Verbandsbericht, Bericht der Kontrollkommission, Pressebericht und Fraktionsbericht zusammenfassen.

Eduard Bernstein spricht für den Antrag, die auswärtige Politik in einem besonderen Punkte der Tagesordnung zu behandeln. Wenn zumiel zusammengefaßt wird, werden wichtige Gegenstände der Tagesordnung erdrückt. Gerade jetzt ist eine Klärung der auswärtigen Fragen notwendig und ein Bedürfnis. Im Ausland ist es nicht nur die russische und französische, sondern es gibt drüben auch Kräfte, die von anderer Auffassung befeht sind. Deutschland ist nicht nur in der unglücklichen Rolle des Gefährten, sondern es wird auch außerordentlich ungünstig beurteilt, teils infolge des, teils ganz unberechtigt. Unsere Stellung zur Internationalen bedarf einer Klärung, denn man sieht auf uns mit Mißtrauen. Wir sind Regierungspartei, und es muß klargestellt werden, inwieweit wir in dieser Eigenschaft verantwortlich sind für die Politik der Koalitionsregierung. Auch zur Kontinentalpolitik müssen wir Stellung nehmen.

Schö: Hannover: Wenn Reich, Verbands-, Fraktions- und Pressebericht und Kontrollkommissionsbericht zusammen behandelt werden, dann können wir die vier anderen Tagesordnungspunkte leicht mit uns durchbringen, aber Organisations- und politische Fragen müssen besonders behandelt werden. (Vorsitzender Schulz: Das will ich gerade leuterk.) Ueber alle politischen Fragen kann man nicht zusammen sprechen, mindestens Heeresfrage, Sozialisierung und auswärtige Politik müssen besonders behandelt werden. Wie soll man sich in zehn Minuten über alles sprechen. Die Herren im Lande wollen sich aussprechen, und das Recht soll man ihnen auch nicht auf einem Umwege nehmen. Besonders muß über die auswärtige Politik gesprochen werden, gerade weil sich diese entscheiden ist.

Otto Braun (Parteiorgan): Ich verstehe die Aufregung von Hoch nicht. Wenn wir fertig werden wollen, müssen wir ein klares Maß von Selbstbeschränkung haben. Ich will hier ein paar Sachen hier. Wir wollen nicht nur reden, sondern auch

entscheiden und danach handeln. Für eine Debatte über die auswärtige Politik gibt es keinen ungünstigeren Zeitpunkt als jetzt, wo wir gar nicht voraussehen können, in welchem Verhältnis wir zum Ausland stehen werden. In der Debatte können noch immer einzelne Fragen gebündelt werden.

Emmel-Weiden: Wozu soll man erst die Berichte zusammenlegen und dann die Debatte wieder erkennen, dabei gewinnt man nichts. Zuviel Punkte zusammengelegt geben kein klares Situationsbild. Der Bericht der Fraktion der Nationalversammlung muß gebündelt werden, sonst ist die Redefreiheit zu sehr beschränkt. Dagegen können die zusammengehörenden Anträge zusammen besprochen werden.

Brützel-Brig: Wir sind nicht hierher gekommen, um lange Reden zu halten, aber wir sind auch nicht dazu da, um Beschlüsse zu fassen, bevor die Fragen geklärt sind. Man will den Parteitag höchstens zwei bis drei Tage zusammen lassen, man will alles abmürren, und wir sollen es freieren. So soll es schon gelöst werden worden sein. Wir dürfen uns nicht im Lande, wo wir ohnehin einen schweren Stand haben, nachfragen lassen, daß wir uns von den Drahtziehern haben einfließen lassen. Ich denke gewiß nicht so, aber die Anlaufkärzen draußen sollen auch nicht so denken.

Vorsitzender Schulz: Ich bitte, doch nicht falsche Gerüchte hier in die Debatte zu ziehen. Es ist keinerlei Beschränkung der Redefreiheit beschlossen worden. Wenn wir uns in der Zeit beschränken müssen, so nicht, weil wir das so wollen, sondern weil wir es müssen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag, die Auslandspolitik als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, wird mit 213 gegen 165 Stimmen angenommen. Der Punkt wird mit Scheidemanns Referat über die Aufgaben der Partei in der Debatte verbunden. Als Korreferenten werden Bernstein und David vorgeschlagen. Mit großer Mehrheit wird Bernstein gewählt. Die übrigen Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung werden abgelehnt. Der Geschäftsordnungsantrag Leuterk wird abgelehnt, angenommen wird dagegen ein Antrag Emmel, den Fraktionsbericht besonders zu besprechen und die übrigen Punkte miteinander zu verbinden. Die Tagungszeit des Parteitages wird festgesetzt von 9-1 und 3-6 Uhr. Die Redeszeit in der Debatte beträgt zehn Minuten.

Nunmehr erhält zur Erhaltung des Vorstandsberichts das Wort Otto Wels. Er bepricht eingehend die gesamte Kriegspolitik, die Resolutionspolitik und Regierungspolitik der Sozialdemokratie und verteidigt sie energisch gegen alle Angriffe von rechts und links. Er schließt mit der Erklärung, daß die deutsche Sozialdemokratie sich weder nach links noch nach rechts abdrängen lasse. Ihr Weg geht geradeaus durch die Demokratie zum Sozialismus, der Wohlstand, Freiheit und Glück für das ganze Volk verbürge.

Darauf wurde nach 8 1/2 Uhr abends die weitere Verhandlung auf Mittwoch früh 9 Uhr verlagert. Der ausführliche Bericht über die Rede von Otto Wels folgt.

Aus Nah und Fern.

Großfeuer in den Daimler-Werken. In den Daimler-Werken Berlin-Mariensfelde brach ein Großfeuer aus, das die umfangreichen Schuppenanlagen, die mit Reparaturmaterialien, Gummi, Kühler usw. angefüllt waren, vernichtete. Das Feuer ist jetzt so weit gelöscht, daß jede Gefahr beseitigt ist. Der angedachte Schaden beträgt vier Millionen Mark. Die Brandursache konnte noch nicht festgestellt werden.

Rienensässungen von Zigarettenbanderolen hat die Berliner Kriminalpolizei aufgebeht. Der Inhaber eines Kaffees der Friedrichstraße wurde des umfangreichen Handels gefälschter Bänderolen überführt. Die Fabrik war eine Druckerei in der Landsbergerstraße, und deren Geschäftsführer, ein Wertmeister Emil Dietrich, die Seele des ganzen Unternehmens. Die Bänderolen für 1000 Zigaretten kosteten in der Druckerei 75 Pfg. das Stück. Sie wurden von dem Kaffeehausinhaber und seinen Helfershelfern für 5 Mk. das Stück verkauft. Riesenmengen wurden vertrieben. Der Inhalt, der unter diesen falschen Bänderolen verpackten Zigaretten bestand aus einer sehr geringen Menge gefälschten oder verheimehten Tabaks und einer großen Beimischung wertlosen Zeugs. Die Hauptbeteiligten wurden verhaftet.

Noch kein Postverkehr mit Amerika. Einige Zeitungen haben die Nachricht verbreitet, daß der Postverkehr zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland wieder aufgenommen sei. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist diese Nachricht dahin zu berichtigen, daß nur der Briefverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und dem von den feindlichen Truppen besetzten Gebiete Westdeutschlands wieder zugelassen ist, daß dagegen ein Postverkehr zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und dem unbesetzten Gebiete Deutschlands sowie dem von den Polen besetzten preussischen Gebiet andererseits nicht besteht.

Reisefahrt zwischen „Vaterland“ und „Imperator“. „Daily Mail“ meldet: Zwischen dem „Leviathan“, dem früheren deutschen „Vaterland“ und dem „Imperator“ fand ein Wettrennen über den Atlantischen Ozean statt, das von „Vaterland“ gewonnen wurde. Die beiden Schiffe verließen Brest am 15. Mai, wobei der „Imperator“ zehn Stunden nach der „Vaterland“ abfuhr. „Vaterland“

hatte 11 000 Mann, der „Imperator“ 3000 Mann Truppen an Bord. Der „Imperator“ wird nunmehr als Truppentransportdampfer umgebaut und für den Transport von 10 000 Mann eingerichtet werden.

Hochzeit in der Luft. In Amerika ist zum erstenmal eine Ehe zwischen Himmel und Erde geschlossen worden. Aus New York meldet der „Daily Express“, daß die erste Hochzeit in der Luft am 31. Mai in Houston, Texas, gefeiert wurde, wo Leutnant Meade und Fräulein Marjorie Dumont in einem Flugzeug in 2000 Fuß Höhe getraut wurden. Die Hochzeitsgäste im Flugzeug zählten einschließlich des Priesters zwölf Personen. Eine große Volksmenge wohnte auf dem Erdboden der Feier bei. — Es gibt eben immer noch Menschen, die im Uebermut toben, während die Welt sich in Sorgen windet. Und der „Priester“ sollte seinen Beruf doch etwas ernster auffassen, wenn er zeigen will, daß Geld nicht ausschlaggebend bei seelsorgerischer Tätigkeit sein darf. Oder wollte der Herr einen Blick in den Himmel werfen und zugleich die „Hölle“ beschauen?

Literarisches.

Zur Volkshochschulfrage. Amtliche Schriftstücke. Herausgegeben vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 28 Seiten. Geheftet 1.— Mk. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig, 1919. Aus der vorliegenden Schrift ist zu ersehen, wie klar das Preussische Unterrichtsministerium diese Aufgabe sofort erkannt und in welcher Richtung es bereits für die Volkshochschule gearbeitet hat. Nicht minder wertvoll sind die aufgestellten Richtlinien für die zukünftige Organisation des Volkshochschulwesens und die Pläne zur Ausbildung der erforderlichen Lehrkräfte.

Die Wahl. Von Johannes Cotta, Weinböhla bei Dresden. Ein kleines schmudches Bändchen, ein einziges Kapitel, in einem Zug zu lesen. Ein Flug in eine andere Welt, in der weder Haß noch Rache lebt, wo die Menschheit in Eintracht thront und Liebe das All umrankt. Bellamy'sche Träumerei und chapeleirische Erkenntnis: der Mensch muß vieles wissen, um zu wissen, wie wenig er weiß. Die Kaiserwahl, d. h. die Wahl des besten, auerlesensten, würdigsten Volksleiters, wie sie der Verfasser in Herkennlicher Augustnacht erkannt, bietet dem Sinnernden eine genutzreiche Stunde Weltabgeschiedenheit, läßt ihn erkennen, wie viel Gutes, Schönes und Liebes im Menschen sein könnte, wie notwendig zuzeiten Selbsterleuchtung ist. Wie gelangt: Träumerei, aber erfüllt von fittlicher Kraft, des Nachdenkens und Schlußfolgerns wert. Verlag Carl Neihner, Dresden.

Die Räte-Idee. Die Diskussion über den Rätegedanken hat durch die Verankerung des Räteystems in die Verfassung eine neue Grundlage erhalten. Einen wertvollen Versuch, diese Auseinandersetzung vom Gebiet der reinen Theorie in die Bahn fruchtbringender Praxis zu leiten, stellt ein sechsen als Sonderdruck der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dietz) erscheinender Aufsatz des Reichswirtschaftsministers Wiffell dar. Ausgehend von der Tatsache, daß die Schaffung einer den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens sich anpassenden Räteverfassung die deutschen Arbeiter bis in die Reihen der christlichen und kirchlich-Dückerischen Arbeiterkraft hinein bewegt, untersucht Wiffell die von den Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Demokraten auf dem zweiten Rätekongreß eingebrachten Anträge über das Räteystem. Nach einer eingehenden Kritik aller drei Entwürfe gelangt Wiffell bei einigen Vorbehalten zu dem Schluß, daß der Entwurf der Reichsregierung, der inzwischen die Billigung des Verfassungsausschusses gefunden hat, den gangbaren Weg zur Lösung der Frage bedeutet. Der Wert der kleinen Schrift liegt in der ruhigen leidenschaftslosen Art, mit der alle Vorgänge auf ihr für und Wider geprüft werden und in der, durch graphische Tabellen gesteigerten Anschaulichkeit, mit der das trotz seiner Bedeutung in der Öffentlichkeit noch lange nicht genügend bekannte Problem dargestellt wird. Als Zusammenfassung der Hauptanschaunngen in der Rätefrage wird sie nicht nur dem Fachmann, sondern auch dem politisch interessierten Laien von besonderem Nutzen sein. Wir werden auf die Schrift noch zurückkommen.

Verbrechen und Strafe im neuen Deutschland von Hans Hyan (Heft 4 der Flugblätter der Revolution. Preis 1 Mk.) 1919 Berlin SM. 68. Verlag für Sozialwissenschaft. Der bekannte Kriminalist zeigt in dieser aufsehenerregenden Broschüre den untrennbaren Zusammenhang zwischen der Kriminalität und den Erscheinungsformen des Lebens. Hyan war der erste, der in Deutschland den Verbrecher aus seinen anthropologischen Ursachen dichterisch darstellte. Die Forschungs- und Erkenntnissumme eines ganzen Lebens ist in dieser, von einer flammenden Begeisterung getragenen Arbeit darzulegen. Wir sehen Verbrechen und Prostitution aus ihren physischen und psychischen Beweggründen, aus den Verfehrtheiten der gegenwärtigen Gesellschaftsform entstehen. Der Autor, sich nicht begnügend mit negativer Kritik, zeigt aber auch die Wege auf, die aus diesem grauenvollen Wirrsal hinausführen in reineres Menschentum.

Der Frieden gegen die Arbeiter. In der Buchhandlung „Vorwärts“ ist eine Broschüre mit dem Titel „Der Frieden gegen die Arbeiter“ erschienen. Frei von jeder agitatorischen Phrase, illustriert der Verfasser an praktischen Beispielen den vernünftigen Niederschlag der vorliegenden feindlichen Friedensbedingungen auf das Leben des deutschen Arbeiters.

Landesverband.

Curia, den 4. Juni 1919.

Auf Grund der Verordnung über die Preisprüfungsstellen und die Verordnungsregelung vom 25. September 14. November werden mit Zustimmung der Regierung über Bienenhonig folgende Bestimmungen getroffen:

1. Die Erzeuger von Bienenhonig haben von jedem überwinterten Bienenstock, der das ihnen Zueker zur Bienenfütterung zugeteilt worden ist, bis spätestens zum 1. Oktober 1919 an den Landesverband in Curia 4 Pfund Bienenhonig abzugeben.
2. Der Preis für Bienenhonig wird festgesetzt:
 - a) im Großhandel auf 3,30 Mk. für ein Pfund ausschließliche Verpackung,
 - b) im Kleinhandel auf 4,20 Mk. für ein Pfund ausschließliche Verpackung.Als Kleinhandel gilt der Verkauf an den Verbraucher in Mengen nicht über 5 Pfund.
3. Anordnungen über die Ablieferung von Bienenwachs, entsprechend den Anordnungen des Reichsministeriums, bleiben vorbehalten.
4. Die Aufsicht von Bienenhonig aus dem Bezirk der Provinz Lübeck ist verboten.

Wer diesen Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft. Außerdem werden die betreffenden Personen von dem zünftigen Zuekerzueg ausgeschlossen. (3390)

Dr. Meyer-Rosenberg.

Landaufenthalt für Stadtkinder.

Weitere Anmeldungen für Ferienreisen werden vorläufig nicht angenommen. (337)

Das Jugendamt.

Suche ein junges Mädchen bei Familienanschluß für Haus- und Gartenarbeit.

Frau Berta Koop, Ahrensbl., Lübecker Straße 149. (335)

Sozialdemokratische Fraktion des Arbeiterrates am Freitag, dem 13. Juni abends 7 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Ad. Löwig. (3407)

Einfacher alter Herr sucht zum 1. Juli saubere ältere Haushälterin. (3408) Brüderstr. 6 g. l.

Gestern nachmittag 4 Uhr entschleif plötzlich und unerwartet während sie bei Angehörigen in Fissau auf Besuch weilte, meine liebe gute Frau, meiner Kinder treusorgende Mutter

Wilhelmine Maus

geb. Orth im 29. Lebensjahre. Dies zeigt im Namen aller Hinterbliebenen tiefbetrußt an

Martin Maus, Lübeck, Fissau, Schlutup, den 10. Juni 1919. Beerdigung am Freitag, nachm. 2 Uhr, vom Euliner Juliushospital aus. Trauerfeier daselbst 1 1/2 Uhr. (3395)

Verstärkt. Zentralverband der Zimmerer Deutschlands

Zahlsche Lübeck.

Am 3. Juni starb unser wertvolles Mitglied

Johann Koch.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand. (3391)

August Andreasson Olga Andreasson

geb. Dohr. Vermählte. 7. Juni 1919. (3409)

Für die herzlichsten Glückwünsche und Geschenke zur Hochzeit danken herzlich

Erich Möller nebst Frau. (3370)

Suche Beschäftigung im Waschen und Reinmachen. (3371) Al. Petersgrube 11, III.

Schneidergesellen gesucht.

(3372) F. Eger, Marktstr. 62.

Möbliertes Zimmer zu vermieten. (3373) Waijenhofstr. 23, III. r.

1 Kinderstuhl, 2 Küchenstühle, 1 Garderobenschränker billig zu verkaufen. (3405) Glandorpstraße 44, III.

Zu verk. 1 guterhaltene Bettstelle, 1 Babitorf, 1 Kinderwagendecke, 1 Jadedett f. 14 bis 16jähr. Mädch., 1 Werkfl.-Hängeparol-Lampe, 1 B. Dam.-Lackdialbja 37 f. 38 z. tanich. Da! e. Rich. Kammerer z. deken. (3392) H. Nawroth, Al. Burgstr. 17. Nachbl.

Zu verk. Gurken, Tomaten, Kohl- und Rote Beete-Pflanzen. (3378) Trappenstr. 13.

1 Sofa, 1 Tisch, 2 Stühle zu verkaufen. (3394) Bad Schwartau, Lübecker Straße 34 a. pt.

Die Hebamme (3396)

Frau Helms

Al. Burgstr., feiert am 13. Juni ihr 25 jähriges Jubiläum.

Ein neues Wintermärchen.

Heines Besuch im neuen deutschen Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte. Vor der Revolution konfisziert gewesen! Preis 25 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Neu eingetroffen sind:

Reuters Werke

mit viel. Illustration. 11 Mk.

Schillers Werke

mit viel. Illustration. 11 Mk.

Goethes Werke

mit viel. Illustration. 11 Mk.

Haufts Werke

mit viel. Illustration. 11 Mk.

Freiligraths Werke

mit viel. Illustration. 6 Mk.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

An der Spitze steht

(3391)

Dr. Geunet's Deswachslederputz

Nigrin

denn er entspricht allen Anforderungen: Gibt wasserfesten Hochglanz, macht das Leder weich, wasserdicht und dauerhaft.